

Wien, 4. Oktober 2019

Sperrfrist: 4. Oktober 2019, 10:30 Uhr

Pressemitteilung

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020

Konjunktur bleibt weltweit schwach

Die Weltwirtschaft expandiert nur verhalten, insbesondere die Industrie befindet sich im Abschwung. Aufgrund dieser ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen hat sich auch die heimische Konjunktur merklich abgekühlt. Nach 2,4 % im Vorjahr dürfte die österreichische Volkswirtschaft in diesem Jahr nur noch um 1,5 % und im kommenden Jahr um 1,3 % zulegen. Die Inflation wird laut Prognose sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr 1,5 % betragen. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr noch etwas zurückgehen, aber im kommenden Jahr auf 7,5 % steigen. Die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten (weitere Eskalation des Handelsstreits, ein ungeregelter Brexit) sowie ein Übergreifen der Industrieschwäche auf den Dienstleistungssektor stellen Abwärtsrisiken für die heimische Wirtschaft dar.

Die Weltwirtschaft expandiert weiterhin nur sehr verhalten. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres hat sich das Expansionstempo in den entwickelten Volkswirtschaften wieder verlangsamt. Die Stimmungsindikatoren weisen weiterhin tendenziell nach unten und die globalen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten (handelspolitische Konflikte, Ausgestaltung des Brexit) bleiben hoch. Das Niveau des Welthandels sinkt bereits seit Herbst 2018. In Deutschland dürfte die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal leicht gesunken sein (technische Rezession). Im Einklang mit dem ungünstigen internationalen Umfeld hat auch die österreichische Wirtschaft an Schwung verloren. Mit 0,5 % bzw. 0,3 % (Trend-Konjunktur-Komponente) gegenüber dem Vorquartal hat sich das Wachstumstempo in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres merklich abgeschwächt, es ist aber im Vergleich mit anderen Ländern robust geblieben. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich das Wachstum nur noch geringfügig verlangsamen, sodass für das Gesamtjahr 2019 weiterhin ein Wachstum von 1,5 % erwartet wird. Im Laufe des kommenden Jahres sollte sich die Konjunkturdynamik wieder etwas beschleunigen. Aufgrund des schwächeren BIP-Niveaus zu Jahresbeginn (geringerer statistischer Überhang) nimmt das Institut seine Wachstumsprognose für das Jahr 2020 auf 1,3 % zurück.

In der ersten Jahreshälfte blieb die globale Wachstumsdynamik sehr verhalten. In den Industrieländern verlangsamte sich das Expansionstempo im zweiten Quartal. So betrug das Wachstum gegenüber dem Vorquartal in den USA 0,5 %, nach 0,8 % zu Jahresbeginn. Im Euroraum reduzierte sich das Wachstumstempo von 0,4 % auf 0,2 %. Geschrumpft ist die Wirtschaft in Deutschland und im Vereinigten Königreich. In den Schwellenländern hat sich das Expansionstempo zwar leicht erhöht, blieb aber verhalten. Die schwache Industrieproduktion und die Handelskonflikte drücken auf die Entwicklung des Welthandels. Dieser ist seit Herbst 2018 rückläufig. Die Stimmungsindikatoren weisen weiterhin eher nach unten, es finden sich aber auch Hinweise auf eine tendenzielle Stabilisierung auf niedrigem Niveau in der Industrie. Die jetzt schon etwas expansiver ausgerichtete Fiskal- und insbesondere Geldpolitik könnte dazu beitragen, dass die Weltwirtschaft nicht weiter an Schwung verliert. Mit einem allmählichen Nachlassen der Unsicherheit könnte im Laufe des nächsten Jahres das globale Expansionstempo wieder etwas zunehmen, ein markanter Aufschwung ist aber gegenwärtig nicht in Sicht. Das Institut erwartet somit ein gegenüber der Juni-Prognose etwas ungünstigeres internationales Konjunkturbild im Jahr 2020, insbesondere für den Euroraum. Die US-Wirtschaft dürfte in den Jahren 2019 und 2020 um 2,3 % bzw. 1,7 % zulegen. Für den Euroraum werden Zuwachsraten von 1,1 % bzw. 1,2 % erwartet. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo im Vergleich zu den letzten Jahren verhalten bleiben. So sollte das Wirtschaftswachstum in China 6,2 % bzw. 5,9 % betragen. Die Weltwirtschaft dürfte um 3,0 % bzw. 3,1 % expandieren.

In Österreich bleibt der private Konsum eine wichtige Konjunkturstütze. Die positive Beschäftigungsdynamik, die kräftigen Lohnerhöhungen und der Familienbonus, der wohl auch noch im kommenden Jahr expansiv wirkt, führen zu kräftigen Realeinkommenszuwächsen im laufenden Jahr. Somit sollte der private Konsum um 1,5 % zulegen. Im kommenden Jahr dürften die Realeinkommen merklich schwächer zulegen, sodass ein Konsumwachstum von 1,3 % erwartet wird. Dabei sollte, nach einem Anstieg im laufenden Jahr, die leicht fallende Sparquote die Konsumententwicklung stützen.

Aufgrund der schwachen globalen Wirtschaftsdynamik dürfte der ungewöhnlich lange Investitionszyklus auslaufen. Darauf deuten auch die Daten für das zweite Quartal hin, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen haben an Schwung verloren. Die hohe Kapazitätsauslastung und die weiterhin günstigen Finanzierungskonditionen sprechen aber gegen einen Einbruch der Investitionstätigkeit. Das Institut erwartet eine Verlangsamung des Wachstums der Anlageinvestitionen auf 2,5 % bzw. 1,1 %, nach 3,9 % im Vorjahr. Dabei sollten die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen annähernd im selben Tempo expandieren.

Die Schwäche der globalen Industrieproduktion lastet auf der Investitionsgüternachfrage und damit auf dem Welthandel. Dieser wird auch durch den Handelsstreit belastet. Das Institut erwartet, dass es zu keiner weiteren Eskalation der Handelskonflikte kommt. Folglich sollte der Welthandel, nach einem Rückgang um 0,5 % in diesem Jahr, wieder etwas an Fahrt gewinnen und im Jahr 2020 um 1,3 % zulegen. Die schwache Entwicklung der Exportmärkte drückt auf den heimischen Außenhandel. Nach einem kräftigen Wachstum zu Jahresbeginn hat sich die Dynamik der Warenexporte spürbar verlangsamt, sodass für die Jahre 2019 und 2020 eine Zunahme von jeweils 1,8 % erwartet wird. Für die Gesamtexporte laut VGR ergeben sich Wachstumsraten von 2,2 % bzw. 1,7 %. Mit 2,2 % bzw. 1,5 % dürfte die Importnachfrage in ähnlichem Tempo zulegen. Nach dem kräftigen positiven Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft im Vorjahr sollte diese im Prognosezeitraum damit annähernd neutral auf das Wachstum wirken.

Im August lag die Inflationsrate bei 1,5 %. Ausgehend von 1 ¾ % zu Jahresbeginn verlangsamte sich somit der Preisauftrieb im Jahresverlauf. Vor dem Hintergrund der schwächeren Konjunktur und des Auslaufens des Basiseffekts der Energiepreiserhöhungen des Vorjahres ist auch für die kommenden Monate kein starker Inflationsdruck zu erwarten, sodass für den Durchschnitt des laufenden Jahres eine Inflationsrate von 1,5 % prognostiziert wird. Da im kommenden Jahr von den Lohnstückkosten und den internationalen Rohstoffmärkten kaum preistreibende Impulse ausgehen dürften, nimmt das Institut seine Inflationsprognose für das Jahr 2020 auf 1,5 % zurück.

Die Arbeitsmarktlage reagiert mit Verzögerung auf die Eintrübung der Konjunktur. Im laufenden Jahr steigt die Beschäftigung noch kräftig und die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition fällt auf 7,4 %. Im kommenden Jahr dürfte die Beschäftigungsdynamik merklich nachlassen. Allerdings sollte sich auch der Anstieg des Arbeitskräfteangebots verlangsamen, sodass die Arbeitslosenquote nur leicht auf 7,5 % ansteigen sollte.

Die Konjunktursituation und die niedrigen Zinsen dominieren die Lage der öffentlichen Haushalte. Die Budgetprognose ergibt gegenwärtig für die Jahre 2019 und 2020 jeweils einen Budgetüberschuss von 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit sollten die europäischen Fiskalregeln vollumfänglich erfüllt werden. Weiterhin sieht das Institut die Notwendigkeit von Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik. Damit könnte der Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen ausgeweitet werden. Weiters würde ein größerer Puffer im Budget bei einer Eintrübung der Konjunktur den finanziellen Spielraum für die automatischen Stabilisatoren erhöhen. Priorität sollte einer Steuerreform zukommen, die auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt. Dafür sinkt allerdings aufgrund der im

Nationalrat vor der Wahl beschlossenen Ad-hoc-Ausgaben der budgetäre Spielraum, sodass es für eine substanzielle Steuerentlastung einer größeren Anstrengung bedürfte. Eine umfassende Abgabenreform böte zudem Möglichkeiten für eine Optimierung der Steuerstruktur auch unter Beachtung klimapolitischer Ziele. Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der heimischen Wirtschaft könnten durch tiefgreifende Strukturreformen, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus, gefördert werden. Ein Koalitionsvertrag zur Bildung einer Regierung in Österreich soll Reformen in diesen Bereichen ansprechen und wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitische Antworten auf die großen Zukunftsthemen Digitalisierung, Bildung, Forschung, Klimaschutz und demografischer Wandel geben.

Weiterhin belasten die großen globalen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation und regionale Ausweitung der Handelskonflikte würde die Weltkonjunktur bremsen. So dürften Strafzölle der USA auf europäische Autos und Kfz-Zulieferteile die Wirtschaft im Euroraum merklich belasten. Weiterhin besteht das Risiko eines ungeordneten Brexit. Ein stärkeres Übergreifen der Schwäche der Industriekonjunktur auf den Dienstleistungssektor würde das globale Wachstum merklich dämpfen. Eine Eskalation des Streits zwischen den USA und dem Iran könnte zu einem starken Anstieg der Ölpreise führen. Dies hat der zwischenzeitlich kräftige Ausschlag des Ölpreises nach dem Anschlag auf Ölförderanlagen in Saudi-Arabien Mitte September deutlich vor Augen geführt. Hingegen würde eine Verbesserung der globalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (etwa Lösung der Handelskonflikte, geregelter Brexit) die Unsicherheit reduzieren und die Konjunktur positiv beeinflussen. In Hinblick auf die heimische Konjunktur besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Schwäche der Industrie auf den Dienstleistungssektor ausstrahlt. Eine stärkere Abschwächung der Investitionstätigkeit sowie eine Verschlechterung des Konsumklimas würden die Binnennachfrage schwächen und damit das Wachstum reduzieren.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	2,4	1,5	1,3
Privater Konsum, real	1,1	1,5	1,3
Bruttoinvestitionen, real	3,6	2,4	1,2
Bruttoanlageninvestitionen, real	3,9	2,5	1,1
Ausrüstungsinvestitionen, real	4,1	2,5	1,0
Bauinvestitionen, real	3,7	2,5	1,3
Inlandsnachfrage, real	1,6	1,5	1,2
Exporte i. w. S., real	5,9	2,2	1,7
Waren, real (laut VGR)	6,4	1,8	1,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4,2	1,0	0,8
Importe i. w. S., real	4,6	2,2	1,5
Waren, real (laut VGR)	4,0	1,5	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	9,9	2,8	0,8
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	1,6	0,8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ¹	7,7	7,4	7,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ¹	4,9	4,6	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,6	2,6	2,1
Preisindex des BIP	1,7	1,9	1,6
Verbraucherpreisindex	2,0	1,5	1,5
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ¹	0,2	0,3	0,3
3-Monats-Euribor ¹	-0,3	-0,4	-0,4
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ¹	0,7	0,0	0,0

¹absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
BIP, real					
Deutschland	2,2	2,5	1,5	0,5	1,0
Italien	1,1	1,7	0,9	0,1	0,6
Frankreich	1,1	2,3	1,7	1,3	1,3
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8	1,4	1,1	1,0
Schweiz	1,7	1,8	2,8	1,1	1,6
USA	1,6	2,4	2,9	2,3	1,7
Japan	0,6	1,9	0,8	0,9	0,7
China	6,7	6,8	6,5	6,2	5,9
Polen	3,1	4,9	5,1	4,2	3,5
Slowakei	3,1	3,2	4,1	2,9	2,6
Tschechien	2,5	4,4	3,0	2,6	2,5
Ungarn	2,3	4,1	4,9	4,7	2,7
Slowenien	3,1	4,8	4,1	2,8	2,7
MOEL-5 ¹	2,9	4,5	4,5	3,8	3,1
Bulgarien	3,9	3,8	3,1	3,2	3,0
Rumänien	4,8	7,0	4,1	4,2	3,0
Kroatien	3,5	2,9	2,6	2,8	2,5
Russland	0,3	1,6	2,3	1,0	1,5
Euroraum	1,9	2,5	1,9	1,1	1,2
NMS-6 ²	3,2	4,9	4,3	3,9	3,1
EU-27 ³	2,0	2,7	2,1	1,4	1,4
OECD	1,8	2,6	2,3	1,8	1,6
Welt	3,4	3,8	3,6	3,0	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	1,4	4,9	3,4	-0,5	1,3
Österreichische Exportmärkte	3,2	5,4	3,5	1,3	1,8
USD/EUR Wechselkurs ⁴	1,11	1,13	1,18	1,12	1,11
Rohölpreis (Brent, USD/barrel) ⁴	45,0	54,8	71,7	64,0	60,0

¹ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien ² NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien ³ ohne Vereinigtes Königreich ⁴ absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

Rückfragehinweise

2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com